

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jörg Bode (FDP)

Ist die Unwissenheit des Innenministers gewollt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 22.11.2019

In dem Artikel „Die Verschlussache Boris Pistorius“ vom 26.09.2019 auf der Internetseite www.achgut.com wurde berichtet, dass entgegen der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Aktenführung im Geschäftsbereich des MI“ weitere vertrauliche Akten im Geschäftsbereich des Innenministeriums verschwunden seien. Das Innenministerium erklärte im Zuge weiterer Anfragen der FDP-Fraktion, dass der Landespolizeipräsident in Absprache mit dem Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Hannover eigenständig entschieden habe, eine entsprechende Fehlmeldung aus der Polizeidirektion Hannover nicht zum Teil der Antwort der Landesregierung zu machen. Diese Entscheidung sei falsch gewesen, erklärte Staatssekretär Manke nachträglich (Drucksache 18/4729). Man verwies ebenfalls darauf, dass „Herrn Innenminister Pistorius und Herrn Staatssekretär Manke (...) der dargestellte Vorgang bis zur ergänzenden Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung an den Landtag vom 26.09.2019 (Drucksache 18/4668) nicht bekannt“ gewesen sei (Drucksache 18/4794).

In einem am 14.11.2019 veröffentlichten Artikel („Die organisierte Verantwortungslosigkeit des Boris Pistorius“) auf der Internetseite www.achgut.com wird nun behauptet, dass die beschriebene Unwissenheit des Ministers kein Versehen, sondern gewollt gewesen sei.

In dem Artikel heißt es: „Die Ursache für die Nichtweitergabe von Informationen an den Minister liegt in einer von Pistorius selbst an die Behördenleiter der Polizei herausgegeben mündlichen Weisung, für die es eine ganze Reihe Zeugen gibt.

Gemäß der Weisung sollten politisch möglicherweise kritische Informationen nicht, wie zuvor und auch heute noch andernorts üblich, von den Behördenleitern unmittelbar und gegebenenfalls vertraulich dem Minister zur Kenntnis gebracht werden. Stattdessen sei eine solche Information dem Landespolizeipräsidenten mitzuteilen, der dann darüber entscheide, ob der Minister einbezogen werde oder nicht“.

Anlass für diese Weisung sollen laut dem Artikel die Vorgänge rund um die verschwundene Maschinenpistole gewesen sein. Der Minister war demnach bei einer Veranstaltung von einem Mitarbeiter direkt und auf dem kleinen Dienstweg über die verschwundene Maschinenpistole informiert worden und geriet anschließend in die öffentliche Kritik.

1. Trifft es zu, dass Minister Pistorius an die Behördenleiter der Polizei eine mündliche Weisung herausgegeben hat, gemäß der politisch möglicherweise kritische Informationen nicht mehr wie bislang üblich von den Behördenleitern unmittelbar und gegebenenfalls vertraulich dem Minister zur Kenntnis gebracht werden sollen, sondern dass diese dem Landespolizeipräsidenten mitzuteilen seien und der dann über die Information des Ministers entscheide?
2. Wenn ja, wie stellt der Innenminister sicher, dass er zukünftig das Parlament nicht wieder falsch unterrichtet?
3. Laut Aussage des Innenministeriums (Drucksache 18/4668) ist der Verbleib von 22 Akten weiterhin ungeklärt. Konnte der Verbleib inzwischen ermittelt werden? Wenn nein, wie viele Akten werden noch vermisst?

(Verteilt am 28.11.2019)